

NIKLAS BRÜGGEMANN

Die Anerkennung  
prorogationswidriger Urteile  
im Europäischen und  
US-amerikanischen  
Zivilprozessrecht

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

421

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

421

Herausgegeben vom  
Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann





Niklas Brüggemann

Die Anerkennung  
prorogationswidriger Urteile  
im Europäischen und  
US-amerikanischen Zivilprozessrecht

Mohr Siebeck

*Niklas Brüggemann*, geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaften in München und in Genf (2011/12) sowie der Geschichte in München; 2018 Promotion (München); Rechtsreferendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht; Rechtsanwalt in einer international tätigen Rechtsanwaltskanzlei in Hamburg.

ISBN 978-3-16-156683-7 / eISBN 978-3-16-156684-4  
DOI 10.1628/978-3-16-156684-4

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441  
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

*Meinen Eltern  
und Johanna*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/18 von der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Sie ist die Frucht meiner Begeisterung für das Internationale Privatrecht, die mich seit meinem Studienaufenthalt in Genf 2011/12 durch Studium, Promotion, Referendariat und Beruf trägt. Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur sind auf dem Stand vom Dezember 2018.

Meinem Doktorvater, Professor Dr. Dr. h.c. Peter Kindler, möchte ich für die menschlich wie fachlich exzellente Betreuung der Arbeit von Herzen danken. Frau Professor Dr. Beate Gsell danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, Herrn Professor Dr. Ralf Michaels und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, danke ich für die freundliche Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Zum Gelingen dieser Arbeit haben die vielen wertvollen Anregungen und Diskussionen im Rahmen der Academie de la Haye sowie während meines dreimonatigen Aufenthalts in New York City und Cambridge, Massachusetts ganz wesentlich beigetragen.

Von Herzen danken möchte ich meinen Eltern, Frau Dr. Nikola Kleine-Brüggemann und Herrn Dr. Franz-Martin Brüggemann. Durch ihre unbedingte Unterstützung sowie durch ihr Vorbild haben sie mir diese Arbeit, wie so vieles andere auch, ermöglicht.

Mein herzlicher Dank gilt schließlich Frau Johanna Reiter, Maitre en droit, die jeden einzelnen Satz dieser Arbeit gelesen und kritisch hinterfragt hat. Ihr und meinen Eltern sei diese Arbeit gewidmet.

Der Abschluss der Arbeit wurde von dem Tod meines geliebten Großvaters, Dr. Karl-Heinz Kleine, überschattet. Ihm sei diese Arbeit in Erinnerung zugeeignet.

Hamburg, an Weihnachten 2018

*Niklas Brüggemann*



# Inhaltsübersicht

|   |     |
|---|-----|
| Vorwort . . . . .   | VII |
| Inhaltsverzeichnis . . . . .  | XI  |
| Abkürzungsverzeichnis . . . . .   | XXI |
| Einführung . . . . .  | 1   |
| Teil I: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br>unter der Brüssel Ia-VO . . . . .                 | 5   |
| § 1 Gerichtsstandsvereinbarungen in der Brüssel Ia-VO . . . . .   | 6   |
| § 2 Gerichtsstandsvereinbarungen nach Art. 25 Brüssel Ia-VO . . . . .                                     | 25  |
| § 3 Zuständigkeitsrechtliche Wirkungen internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .          | 42  |
| § 4 Litispendenzrechtliche Wirkungen internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .            | 70  |
| § 5 Anerkennung und Vollstreckung unter der Brüssel Ia-VO . . . . .                                       | 114 |
| § 6 Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile <i>de lege lata</i> . . . . .                            | 153 |
| § 7 Bewertung des Nachprüfungsverbots <i>de lege lata</i> . . . . .                                       | 176 |
| § 8 Vergleich zum Haager Übereinkommen über<br>Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005 . . . . .       | 186 |
| Teil II: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br>im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . . | 215 |
| § 1 Gerichtsstandsvereinbarungen im US-amerikanischen<br>Zivilprozessrecht . . . . .                      | 218 |
| § 2 Interstaatliche Urteilsanerkennung im US-amerikanischen<br>Zivilprozessrecht . . . . .                | 253 |

|  |     |
|--|-----|
| Teil III: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br><i>de lege ferenda</i> . . . . . | 283 |
| § 1 Argumente für einen Anerkennungsversagungsgrund . . . . .                              | 284 |
| § 2 Gegenstand der Nachprüfung . . . . .   | 297 |
| § 3 Umfang der Nachprüfung . . . . .   | 300 |
| § 4 Ergebnis . . . . .   | 308 |
| Literaturverzeichnis . . . . .   | 309 |
| Materialienverzeichnis . . . . .   | 321 |
| Rechtsprechungsverzeichnis . . . . .   | 325 |
| Sachregister . . . . .   | 331 |

# Inhaltsverzeichnis

|   |     |
|---|-----|
| Vorwort . . . . .   | VII |
| Inhaltsübersicht . . . . .  | IX  |
| Abkürzungsverzeichnis . . . . .   | XXI |
| Einführung . . . . .  | 1   |
| Teil I: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br>unter der Brüssel Ia-VO . . . . . | 5   |
| § 1 Gerichtsstandsvereinbarungen in der Brüssel Ia-VO . . . . .                           | 6   |
| I. Die rechtliche Natur internationaler Gerichtsstands-<br>vereinbarungen . . . . .       | 7   |
| II. Die praktische Bedeutung internationaler Gerichtsstands-<br>vereinbarungen . . . . .  | 10  |
| 1. Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen<br>im Wirtschaftsverkehr . . . . .         | 11  |
| 2. Probleme mit internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen                              | 12  |
| III. Das Interesse an internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen                        | 13  |
| 1. Parteiinteressen . . . . .   | 13  |
| a) Festlegung der internationalen Zuständigkeit . . . . .                                 | 14  |
| b) Rechtssicherheit . . . . .   | 16  |
| c) Kosten . . . . .   | 18  |
| 2. Mitgliedstaatliche Interessen . . . . .  | 21  |
| 3. Gesamteuropäische Interessen . . . . .   | 22  |
| a) Gerichtsstandsvereinbarungen und der Binnenmarkt . . . . .                             | 22  |
| b) Gerichtsstandsvereinbarungen und <i>forum shopping</i><br>in Europa . . . . .          | 23  |
| c) Verteilung von Verfahren aus ökonomischer Perspektive                                  | 23  |
| IV. Zwischenbetrachtung . . . . .   | 24  |
| § 2 Gerichtsstandsvereinbarungen nach Art. 25 Brüssel Ia-VO . . . . .                     | 25  |
| I. Zulässigkeit internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .                    | 26  |

|      |  |    |
|------|--|----|
| II.  | Wirksamkeit internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen . . .   | 28 |
| 1.   | Einigung und hinreichende Bestimmtheit . . . . .   | 29 |
| a)   | Künftige oder bereits entstandene Rechtsstreitigkeit . . . . .   | 30 |
| b)   | Gericht oder Gerichte eines Mitgliedstaats . . . . .   | 31 |
| 2.   | Formelle Wirksamkeit . . . . .   | 32 |
| 3.   | Materielle Wirksamkeit . . . . .   | 33 |
| a)   | Abstraktion von Gerichtsstandsvereinbarung und<br>Hauptvertrag . . . . .                                       | 33 |
| b)   | Regelungsumfang von Art. 25 Abs. 1 S. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .  | 33 |
| c)   | Auf die materielle Wirksamkeit anwendbares Recht . . . . .   | 35 |
| aa)  | Wahl mehrerer Gerichte in verschiedenen<br>Mitgliedstaaten . . . . .   | 36 |
| bb)  | Problem des anwendbaren Kollisionsrechts . . . . .   | 37 |
| cc)  | Kritik . . . . .   | 39 |
| d)   | Unwirksamkeit nach Art. 25 Abs. 4 Brüssel Ia-VO . . . . .  | 40 |
| e)   | Keine Inhalts- oder Missbrauchskontrolle . . . . .   | 40 |
| III. | Zwischenergebnis . . . . .   | 41 |
| § 3  | Zuständigkeitsrechtliche Wirkungen internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .                   | 42 |
| I.   | Prorogations- und Derogationswirkung . . . . .   | 42 |
| 1.   | Prorogationswirkung nach Art. 25 Abs. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .  | 42 |
| 2.   | Derogationswirkung nach Art. 25 Abs. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .   | 43 |
| 3.   | Kritik an der Normtechnik des Art. 25 Abs. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .   | 44 |
| II.  | Begründung einer ausschließlichen Zuständigkeit durch<br>internationale Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . . | 45 |
| 1.   | Ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarung und<br>Vereinbarung eines ausschließlichen Gerichtsstands . . . . . | 46 |
| 2.   | Anwendbares Recht zur Bestimmung der<br>Ausschließlichkeit . . . . .   | 48 |
| 3.   | Bezugspunkt der Ausschließlichkeit . . . . .   | 48 |
| a)   | Maßgeblichkeit der materiell-rechtlichen Vereinbarung . . . . .  | 49 |
| aa)  | Ausschließlichkeitsvermutung des<br>Art. 25 Abs. 1 S. 2 Brüssel Ia-VO . . . . .                                | 50 |
| bb)  | Konkurrierende ausschließliche Gerichtsstände? . . . . .   | 51 |
| b)   | Maßgeblichkeit des Gerichtsstands . . . . .  | 54 |
| c)   | Kritik . . . . .   | 55 |
| 4.   | Besondere Gerichtsstandsvereinbarungen und<br>Ausschließlichkeit . . . . .                                     | 57 |

|  |    |
|--|----|
| a) Wahl mehrerer Gerichte in verschiedenen Mitgliedstaaten . . . . .                       | 57 |
| b) Asymmetrische Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .                                    | 58 |
| c) Reziproke Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .  | 60 |
| d) Freie Kombinationen von Pro- und Derogationen . . . . .                                 | 61 |
| III. Begründung der internationalen und der örtlichen Zuständigkeit . . . . .              | 61 |
| IV. Erweiterte Gerichtspflichtigkeit im <i>forum derogatum</i> . . . . .                   | 62 |
| 1. Zuständigkeitsprüfung von Amts wegen nach Art. 28 Abs. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .        | 63 |
| 2. Keine Prüfung des Vorliegens einer Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .                 | 64 |
| 3. Unzureichender Schutz des säumigen Beklagten im <i>forum derogatum</i> . . . . .        | 66 |
| 4. Kritik . . . . .  | 67 |
| V. Zwischenergebnis . . . . .  | 69 |
| § 4 Litispendezrechtliche Wirkungen internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . . | 70 |
| I. Gerichtsstandsvereinbarungen und Litispendenzrecht . . . . .                            | 70 |
| 1. Litispendenzrechtliches Prioritätsprinzip . . . . .                                     | 71 |
| 2. Torpedoklagen und <i>Gasser</i> -Rechtsprechung . . . . .                               | 72 |
| II. Durchbrechung des litispendezrechtlichen Prioritätsprinzips . . . . .                  | 75 |
| 1. Sinn und Zweck des Art. 31 Abs. 2 Brüssel Ia-VO . . . . .                               | 76 |
| a) Parteiinteressen . . . . .  | 76 |
| b) Mitgliedstaatliche Interessen . . . . .   | 77 |
| c) Gesamteuropäische Interessen . . . . .  | 78 |
| 2. Parallele Verfahren mit identischem Streitgegenstand . . . . .                          | 78 |
| a) Ausnahmsweise Kompetenz-Kompetenz bei parallelen Verfahren . . . . .                    | 79 |
| b) Identischer Streitgegenstand . . . . .  | 81 |
| c) Rechtspolitische Kritik . . . . .   | 82 |
| 3. Ausschließliche Zuständigkeit des zweitangerufenen Gerichts . . . . .                   | 83 |
| a) Streitgegenstand oder konkretes Verfahren? . . . . .                                    | 84 |
| b) Verfahren im <i>forum prorogatum</i> oder im <i>forum derogatum</i> ? . . . . .         | 85 |
| c) Ausschließliche internationale Zuständigkeit . . . . .                                  | 86 |
| d) Zusammenfassung . . . . .   | 88 |

|      |   |     |
|------|---|-----|
| 4.   | Schutz besonderer Formen internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .  | 89  |
|      | a) Wahl mehrerer Gerichte in verschiedenen<br>Mitgliedstaaten . . . . .   | 89  |
|      | b) Asymmetrische Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .   | 90  |
|      | c) Reziproke Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .   | 93  |
|      | d) Gerichtsstandsvereinbarungen mit typischerweise<br>schwächeren Parteien . . . . .  | 94  |
|      | 5. Kritische Würdigung . . . . .  | 95  |
| III. | Umfang der Prüfung durch das erstbefasste Gericht . . . . .   | 100 |
|      | 1. <i>Prima facie</i> -Prüfung . . . . .  | 101 |
|      | 2. Vollumfängliche Prüfung der Formwirksamkeit . . . . .  | 102 |
|      | 3. Stellungnahme . . . . .  | 104 |
| IV.  | Rechtsfolge: Aussetzungspflicht des derogierten Gerichts . . . . .  | 106 |
| V.   | Kritische Würdigung . . . . .   | 107 |
|      | 1. Gefahr eines Wettlaufs zwischen den Parteien . . . . .   | 107 |
|      | 2. Keine Sanktion bei Missachtung der Aussetzungspflicht . . . . .  | 110 |
|      | 3. Rechtsunsicherheit und Erhöhung der möglichen<br>Transaktionskosten . . . . .  | 110 |
| VI.  | Zwischenbetrachtung: Gerichtsstandsvereinbarungen<br>im Zuständigkeits- und Rechtshängigkeitsrecht der<br>Brüssel Ia-VO . . . . . | 111 |
| § 5  | Anerkennung und Vollstreckung unter der Brüssel Ia-VO . . . . .   | 114 |
| I.   | Internationale Anerkennung nach Art. 36 ff. Brüssel Ia-VO . . . . .   | 115 |
|      | 1. Internationale Anerkennung – drei Bedeutungen . . . . .  | 115 |
|      | 2. Begriff der internationalen Anerkennung . . . . .  | 116 |
|      | 3. Gegenstand der internationalen Anerkennung . . . . .   | 117 |
|      | 4. Verfahren der internationalen Anerkennung . . . . .  | 118 |
|      | 5. Rechtsfolge der internationalen Anerkennung . . . . .  | 120 |
|      | a) Grundsatz der Wirkungserstreckung . . . . .  | 120 |
|      | b) Europäischer Rechtskraftbegriff . . . . .  | 121 |
| II.  | Anerkennungsversagung nach Art. 45 Brüssel Ia-VO . . . . .  | 122 |
|      | 1. Keine Prüfung der Anerkennungszuständigkeit . . . . .  | 123 |
|      | 2. Ausnahme zum Schutz der Schutzgerichtsstände . . . . .   | 125 |
|      | a) Sinn und Zweck . . . . .   | 125 |
|      | b) Ausnahmsweise Nachprüfung internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .  | 126 |
|      | 3. Ausnahme zum Schutz der ausschließlichen Gerichtsstände . . . . .  | 127 |
|      | 4. Verstoß gegen den <i>ordre public</i> . . . . .  | 128 |

|      |   |     |
|------|---|-----|
| III. | Das Interesse an der internationalen Anerkennung . . . . .  | 129 |
| 1.   | Parteiinteressen . . . . .  | 129 |
| a)   | Abschließender Streitentscheid . . . . .  | 129 |
| b)   | Vermeidung widersprechender Entscheidungen . . . . .  | 129 |
| c)   | Kosteneffizienz . . . . .   | 131 |
| 2.   | Mitgliedstaatliche Interessen . . . . .   | 132 |
| a)   | Souveränitätsinteressen . . . . .   | 132 |
| b)   | Wirtschaftliche Interessen . . . . .  | 133 |
| 3.   | Gesamteuropäische Interessen . . . . .  | 134 |
| a)   | Urteilsfreizügigkeit . . . . .  | 134 |
| aa)  | Entwicklung und Funktion . . . . .  | 134 |
| bb)  | Gerichtsstandsvereinbarungen und der Binnenmarkt . . . . .  | 140 |
| b)   | Vertrauensprinzip . . . . .   | 142 |
| aa)  | Vertrauen im EuZPR . . . . .  | 143 |
| bb)  | Rechtspolitische Kritik am Vertrauensprinzip . . . . .  | 148 |
| cc)  | Vertrauensprinzip und Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .  | 150 |
| IV.  | Zwischenergebnis . . . . .  | 151 |
| § 6  | Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile <i>de lege lata</i> . . . . .  | 153 |
| I.   | Prorogationswidrige Urteile . . . . .   | 153 |
| 1.   | Begriff der Prorogationswidrigkeit . . . . .  | 153 |
| 2.   | Arten prorogationswidriger Urteile . . . . .  | 155 |
| a)   | Prorogationswidrige Sachurteile . . . . .   | 155 |
| b)   | Prorogationswidrige Prozessurteile . . . . .  | 155 |
| 3.   | Ursachen prorogationswidriger Urteile . . . . .   | 156 |
| 4.   | Empirie . . . . .   | 160 |
| II.  | Keine Anerkennungsversagung prorogationswidriger Urteile<br><i>de lege lata</i> . . . . .   | 162 |
| III. | Ausnahmsweise Prüfung der Prorogationswidrigkeit durch das<br>Zweitgericht nach Art. 45 Abs. 1 lit. e (i) Brüssel Ia-VO . . . . . | 163 |
| 1.   | <i>Ratio legis</i> des Art. 45 Abs. 1 lit. e (i) Brüssel Ia-VO . . . . .  | 163 |
| 2.   | <i>Ratio legis</i> der Art. 15 Nr. 1, Nr. 5, 19 Nr. 1 und<br>23 Nr. 1 Brüssel Ia-VO . . . . .                                     | 164 |
| IV.  | <i>Gothaer Allgemeine v. Samskip</i> . . . . .  | 166 |
| 1.   | Sachverhalt . . . . .   | 166 |
| 2.   | Entscheidung des EuGH . . . . .   | 167 |
| 3.   | Kritische Würdigung . . . . .   | 169 |
| a)   | Entscheidung über die Zuständigkeit eines anderen<br>Gerichts . . . . .   | 169 |

|      |  |     |
|------|--|-----|
| b)   | Möglichkeit einer bindenden Verweisung zwischen den Mitgliedstaaten . . . . .                | 170 |
| c)   | Verbot der <i>revision au fond</i> . . . . .   | 171 |
| d)   | Gefahr der Rechtslosstellung des Klägers . . . . .   | 174 |
| V.   | Zwischenergebnis . . . . .   | 175 |
| § 7  | Bewertung des Nachprüfungsverbots <i>de lege lata</i> . . . . .                              | 176 |
| I.   | Bewertung in der Literatur . . . . .   | 176 |
| 1.   | Ablehnung der Anerkennungsversagung . . . . .  | 177 |
| a)   | Vertrauensprinzip und Urteilsfreizügigkeit . . . . .   | 177 |
| b)   | Unterschied zu den ausschließlichen Gerichtsständen nach Art. 24 Brüssel Ia-VO . . . . .     | 179 |
| c)   | Mangelnde Schutzbedürftigkeit der Parteien . . . . .   | 179 |
| d)   | Vermeidung doppelter Prüfungen . . . . .   | 179 |
| 2.   | Befürwortung der Anerkennungsversagung . . . . .   | 180 |
| a)   | Verbesserter Schutz von Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .                               | 180 |
| b)   | Vergleich zu den ausschließlichen Gerichtsständen . . . . .                                  | 181 |
| c)   | Achtung der Parteiautonomie . . . . .  | 182 |
| d)   | Vermeidung bindender Verweisungen . . . . .  | 182 |
| II.  | Bewertung durch Akteure des Binnenmarkts . . . . .   | 183 |
| III. | Zwischenergebnis . . . . .   | 185 |
| § 8  | Vergleich zum Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005 . . . . . | 186 |
| I.   | Verhältnis von HGÜ und Brüssel Ia-VO . . . . .   | 186 |
| II.  | Anwendungsbereich des HGÜ . . . . .  | 188 |
| 1.   | Internationalität des Sachverhalts . . . . .   | 188 |
| 2.   | Ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .   | 189 |
| a)   | Grundsatz . . . . .  | 189 |
| b)   | Keine Anwendbarkeit auf nicht-ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .         | 190 |
| 3.   | Zivil- und Handelssachen . . . . .   | 192 |
| 4.   | Zeitlicher Anwendungsbereich . . . . .   | 192 |
| III. | Internationale Zuständigkeit nach dem HGÜ . . . . .  | 193 |
| 1.   | Prorogationswirkung . . . . .  | 193 |
| 2.   | Derogationswirkung . . . . .   | 194 |
| a)   | Ausnahme des Art. 6 lit. a HGÜ . . . . .   | 195 |
| b)   | Ausnahme des Art. 6 lit. b HGÜ . . . . .   | 196 |
| c)   | Weitere Ausnahmen . . . . .  | 196 |
| IV.  | Internationale Anerkennung nach dem HGÜ . . . . .  | 197 |
| 1.   | Grundsatz . . . . .  | 197 |

|   |         |
|---|---------|
| 2. Verbot der <i>revision au fond</i> . . . . .   | 198     |
| 3. Keine Anerkennung von Urteilen des <i>forum derogatum</i> . . . . .  | 198     |
| V. Anerkennungsversagung nach dem HGÜ . . . . .   | 200     |
| 1. Anwendungsbereich von Kapitel III . . . . .  | 200     |
| 2. Tatsachenbindung des Zweitgerichts . . . . .   | 200     |
| a) Grundsätzliche Tatsachenbindung des Zweitgerichts . . . . .  | 201     |
| b) Keine Tatsachenbindung bei Versäumnisurteilen . . . . .  | 201     |
| 3. Ungültigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .  | 203     |
| a) Ausnahme bei Feststellung der Wirksamkeit durch<br>das Erstgericht . . . . .                               | 204     |
| b) Bewertung . . . . .  | 206     |
| 4. Fehlende Geschäftsfähigkeit . . . . .  | 207     |
| 5. Weitere Anerkennungsversagungsgründe . . . . .   | 207     |
| VI. Exkurs: Vorschlag für ein Haager Anerkennungs-<br>und Vollstreckungsübereinkommen . . . . .               | 208     |
| VII. Zwischenergebnis . . . . .   | 212     |
| <br>Teil II: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br>im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . . | <br>215 |
| § 1 Gerichtsstandsvereinbarungen<br>im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . .                          | 218     |
| I. Gerichtsstandsvereinbarungen als <i>consent to<br/>personal jurisdiction</i> . . . . .                     | 219     |
| 1. <i>Personal jurisdiction</i> im Zivilprozessrecht der USA . . . . .  | 220     |
| a) Die <i>due process clause</i> . . . . .  | 220     |
| b) Grenzen der <i>personal jurisdiction</i> . . . . .   | 222     |
| 2. Prorogation und <i>personal jurisdiction</i> . . . . .   | 224     |
| a) <i>Consent to jurisdiction</i> in Form einer<br>Gerichtsstandsvereinbarung . . . . .                       | 224     |
| b) Keine <i>minimum contacts</i> erforderlich . . . . .   | 226     |
| c) <i>Consent</i> und Zuständigkeitsverweisung . . . . .  | 226     |
| 3. Derogation und <i>personal jurisdiction</i> . . . . .  | 228     |
| II. Gerichtsstandsvereinbarungen als <i>lesser limitations<br/>on jurisdiction</i> . . . . .                  | 228     |
| 1. <i>Lesser limitations on jurisdiction</i><br>im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . .              | 229     |
| 2. <i>The Bremen</i> und Derogationen . . . . .   | 230     |
| a) Die <i>ouster</i> -Doktrin . . . . .   | 230     |
| b) <i>The Bremen v. Zapata Off-Shore Co.</i> . . . . .  | 231     |

|      |  |     |
|------|--|-----|
| c)   | Rezeption durch die US-amerikanischen Gerichte . . . . .   | 233 |
| aa)  | <i>The Bremen</i> und die einzelstaatlichen Gerichte . . . . .                                       | 233 |
| bb)  | <i>The Bremen</i> und die Bundesgerichte . . . . .   | 234 |
| 3.   | Wirkungen einer Gerichtsstandsvereinbarung als<br><i>lesser limitation on jurisdiction</i> . . . . . | 236 |
| a)   | Derogation eines einzelstaatlichen Gerichts . . . . .  | 236 |
| b)   | Derogation eines Bundesgerichts . . . . .  | 236 |
| 4.   | Zusammenfassung . . . . .  | 238 |
| III. | Gerichtsstandsvereinbarungen als <i>venue clauses</i> . . . . .                                      | 239 |
| 1.   | <i>Venue</i> im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . .  | 239 |
| 2.   | Prorogation örtlicher Zuständigkeit . . . . .  | 240 |
| 3.   | Derogation örtlicher Zuständigkeit . . . . .   | 241 |
| IV.  | Voraussetzungen interstaatlicher<br>Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .                           | 242 |
| 1.   | Einigung . . . . .   | 244 |
| 2.   | Wahl eines bestimmten Gerichts oder bestimmter Gerichte . . . . .                                    | 244 |
| a)   | Ausschließliche und nicht-ausschließliche Zuständigkeit . . . . .                                    | 245 |
| b)   | Bundesgerichte oder einzelstaatliche Gerichte . . . . .  | 246 |
| 3.   | Bestimmtheit des Rechtsverhältnisses . . . . .   | 246 |
| 4.   | Wirksamkeit im engeren Sinne – <i>reasonableness</i> . . . . .                                       | 247 |
| a)   | Vertragsrechtliche Unwirksamkeitsgründe . . . . .  | 248 |
| b)   | Besondere Unwirksamkeitsgründe . . . . .   | 249 |
| aa)  | Das <i>convenience</i> -Erfordernis . . . . .  | 250 |
| bb)  | <i>Public policy</i> . . . . .   | 251 |
| V.   | Zusammenfassung . . . . .  | 252 |
| § 2  | Interstaatliche Urteilsanerkennung im US-amerikanischen<br>Zivilprozessrecht . . . . .               | 253 |
| I.   | Grundsatz des <i>full faith and credit</i> zwischen den Einzelstaaten . . . . .                      | 253 |
| 1.   | Art. IV § 1 Bundesverfassung und 28 U.S. C. § 1738 . . . . .   | 254 |
| 2.   | Sinn und Zweck der <i>full faith and credit clause</i> . . . . .                                     | 256 |
| II.  | Urteilsanerkennung als Rechtskrafterstreckung . . . . .  | 258 |
| 1.   | Rechtskraft und <i>full faith and credit</i> . . . . .   | 258 |
| a)   | Rechtskraft im US-amerikanischen Zivilprozessrecht . . . . .   | 258 |
| aa)  | <i>Claim preclusion</i> . . . . .  | 259 |
| bb)  | <i>Issue preclusion</i> . . . . .  | 259 |
| b)   | Anwendbares Recht . . . . .  | 261 |
| 2.   | Verfahren der Anerkennung und Vollstreckung . . . . .  | 262 |
| a)   | <i>Action upon a judgment</i> . . . . .  | 262 |
| b)   | <i>Registration</i> . . . . .  | 263 |

|  |  |     |
|--|--|-----|
| III.   | Anerkennungsversagung . . . . .  | 264 |
| 1.   | Anerkennungsversagung als <i>collateral attack</i> . . . . .   | 265 |
| 2.   | Anerkennungsversagung bei fehlender Rechtskraft<br>im Erststaat . . . . .  | 266 |
| 3.   | Nichtigkeit des anzuerkennenden Urteils . . . . .  | 266 |
| a)   | Nichtigkeit bei fehlender <i>personal jurisdiction</i> . . . . .   | 267 |
| aa)  | Grundsatz der Nichtigkeit bei fehlender<br><i>personal jurisdiction</i> . . . . .  | 267 |
| bb)  | Ausnahme bei rechtskräftiger Entscheidung über<br><i>personal jurisdiction</i> . . . . .                                   | 268 |
| cc)  | Nichtigkeit und Prorogation . . . . .  | 270 |
| b)   | Nichtigkeit und <i>lesser limitations on jurisdiction</i> . . . . .  | 273 |
| aa)  | Erstgericht hält Derogation für wirksam . . . . .  | 274 |
| bb)  | Erstgericht hält Derogation für unwirksam . . . . .  | 276 |
| c)   | Nichtigkeit und <i>venue</i> . . . . .   | 277 |
| 4.   | Eingriff in besondere Interessen des Zweitstaates . . . . .  | 277 |
| IV.  | Vergleich zur Brüssel Ia-VO . . . . .  | 278 |
|  |  |     |
| Teil III: Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile<br><i>de lege ferenda</i> . . . . . |  | 283 |
| § 1  | Argumente für einen Anerkennungsversagungsgrund . . . . .  | 284 |
| I.   | Kein abschließender Schutz internationaler<br>Gerichtsstandsvereinbarungen durch<br>Art. 31 Abs. 2 Brüssel Ia-VO . . . . . | 284 |
| II.  | Systematischer Wertungswiderspruch<br>zwischen Litispendenz- und Anerkennungsrecht . . . . .                               | 286 |
| III.   | Unzureichender Beklagtenschutz bei Versäumnisurteilen . . . . .  | 288 |
| IV.  | Rechtlosstellung des Klägers bei Vereinbarung<br>drittstaatlicher Gerichte . . . . .                                       | 290 |
| V.   | Vergleich mit den ausschließlichen Gerichtsständen . . . . .   | 291 |
| VI.  | Vergleich mit den Schutzgerichtsständen . . . . .  | 293 |
| VII.   | Stärkung des Binnenmarkts . . . . .  | 294 |
| VIII.  | Zwischenergebnis . . . . .   | 296 |
| § 2  | Gegenstand der Nachprüfung . . . . .   | 297 |
| I.   | Nachprüfung der Derogation des Erstgerichts . . . . .  | 297 |
| II.  | Keine Nachprüfung der Prorogation des Erstgerichts . . . . .   | 298 |
| III.   | Zwischenergebnis . . . . .   | 299 |

|  |     |
|--|-----|
| § 3 Umfang der Nachprüfung . . . . .   | 300 |
| I.    Umfang der inhaltlichen Nachprüfung . . . . .  | 300 |
| II.   Einschränkung der Nachprüfung bei erstgerichtlicher<br>Entscheidung über die Gerichtsstandsvereinbarung? . . . . . | 303 |
| III.  Tatsachenbindung des Zweitgerichts . . . . .   | 306 |
| § 4 Ergebnis . . . . .   | 308 |
| Literaturverzeichnis . . . . .   | 309 |
| Materialienverzeichnis . . . . .   | 321 |
| Rechtsprechungsverzeichnis . . . . .   | 325 |
| Sachregister . . . . .   | 331 |

## Abkürzungsverzeichnis

|                    |   |
|--------------------|---|
| A.2d               | Atlantic Reporter Second Series   |
| a. A.              | andere Auffassung   |
| ABl.               | Amtsblatt   |
| ABl. EU            | Amtsblatt der Europäischen Union  |
| Abs.               | Absatz  |
| AEUV               | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union  |
| a. E.              | am Ende   |
| a. F.              | alter Fassung   |
| AGB                | Allgemeine Geschäftsbedingungen   |
| Am. J. of Comp. L. | American Journal of Comparative Law   |
| Anh.               | Anhang  |
| Anm.               | Anmerkung   |
| Ariz.              | Arizona   |
| Art.               | Artikel   |
| Aufl.              | Auflage   |
| AWD                | Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1958–1974)   |
| Bd.                | Band  |
| BeckRS             | Beck online Rechtsprechung  |
| BGB                | Bürgerliches Gesetzbuch   |
| BGBI.              | Bundesgesetzblatt   |
| BGHZ               | Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen   |
| Brüssel I-VO       | Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.   |
| Brüssel Ia-VO      | Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung) |
| Brüssel Ia-VO-E    | Kommissionsentwurf zur Brüssel Ia-VO, KOM (2010) 748 endg.  |
| bzw.               | beziehungsweise   |
| C. A.              | Court of Appeals  |
| Cal.               | California; California Reports  |
| CCP                | California Code of Civil Procedure  |
| Cal. App.          | California Appellate Reports  |
| Cir.               | Circuit   |
| CMLR               | Common Market Law Review  |
| Col. L. Rev.       | Columbia Law Review   |
| Comm.              | Commercial Division   |

|                   |   |
|-------------------|---|
| Conn.             | Connecticut; Connecticut Reports  |
| Conn. C.P.        | Connecticut Court of Common Pleas   |
| Conn. Sup.        | Connecticut Superior Court  |
| CPLR              | Civil Practice Law and Rules (N.Y.)   |
| Cranch            | Cranch's Reports  |
| Creighton L. Rev. | Creighton Law Review  |
| D.                | District Court  |
| D. C.             | District of Columbia  |
| Del.              | Delaware; Delaware Reports  |
| Del. Super. Ct.   | Delaware Superior Court   |
| Denv. L. J.       | Denver Law Journal  |
| D.R.I.            | United States District Court for the District of Rhode Island   |
| EG                | Europäische Gemeinschaften; Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften  |
| EGBGB             | Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch   |
| ELR               | European Law Review   |
| erw.              | erweitert   |
| EuGH              | Europäischer Gerichtshof  |
| EuGVVO            | Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung) |
| EuIPR             | Internationales Privatrecht der Europäischen Union  |
| EuMahnVO          | Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens  |
| EuR               | Europarecht   |
| EuZPR             | Europäisches Zivilprozessrecht  |
| EuZVR             | Europäisches Zivilverfahrensrecht   |
| EuZW              | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht  |
| EWGV              | Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft   |
| EWHC              | High Court of England and Wales   |
| EWHC (QB)         | High Court of England and Wales (Queen's Bench Division)  |
| EWHC (Comm.)      | High Court of England and Wales (Commercial Division)   |
| F.2d/3d           | Federal Reporter Second Series/Third Series   |
| f./ff.            | folgender/folgende  |
| F. App'x          | Federal Appendix  |
| FAZ               | Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland  |
| Fla.              | Florida   |
| Fn.               | Fußnote   |
| FS                | Festschrift   |
| F. Supp. 2d       | Federal Supplement Second Series  |
| Ga.               | Georgia   |
| Georgia L. Rev.   | Georgia Law Review  |
| GPR               | Gemeinschaftsprivatrecht  |
| Gray              | Gray's Massachusetts Supreme Judicial Court Reports   |
| Harv. L. Rev.     | Harvard Law Review  |

|                                   |  |
|-----------------------------------|--|
| Hastings Int'l &<br>Comp. L. Rev. | Hastings International and Comparative Law Review  |
| HGÜ                               | Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom<br>30.6.2005, ABl. EU 2009 Nr. L 133, S. 3.   |
| Hg.                               | Herausgeber  |
| h. M.                             | herrschende Meinung  |
| Houston J. of Int. L.             | Houston Journal of International Law   |
| HS                                | Halbsatz   |
| ICLQ                              | International and Comparative Law Quarterly  |
| i. d. R.                          | in der Regel   |
| IHR                               | Internationales Handelsrecht   |
| Ill.                              | Illinois   |
| Ind.                              | Indiana  |
| IPR                               | Internationales Privatrecht  |
| IPRax                             | Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts  |
| IPRspr.                           | Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen<br>Privatrechts  |
| i. R. d.                          | im Rahmen des  |
| i. S. d.                          | im Sinne des/der   |
| i. V. m.                          | in Verbindung mit  |
| IZPR                              | Internationales Zivilprozessrecht  |
| IZVR                              | Internationales Zivilverfahrensrecht   |
| JPIL                              | Journal of Private International Law   |
| JZ                                | Juristenzeitung  |
| Kap.                              | Kapitel  |
| KMU                               | Kleine und mittlere Unternehmen  |
| Ky.                               | Kentucky   |
| LG                                | Landgericht  |
| L. J.                             | Law Journal  |
| LMK                               | beck fachdienst Zivilrecht, in Fortführung der „Kommentierten BGH<br>Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring“   |
| L. Rev.                           | Law Review   |
| LugÜ                              | Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die<br>Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und<br>Handelssachen vom 30. Oktober 2007. |
| Mass.                             | Massachusetts  |
| Md.                               | Maryland   |
| MDR                               | Monatsschrift für Deutsches Recht  |
| Mich.                             | Michigan   |
| Minn.                             | Minnesota  |
| Mo.                               | Missouri   |
| m. w. N.                          | mit weiteren Nachweisen  |
| N.C.                              | North Carolina   |
| NCPC                              | Nouveau Code de procédure civile   |
| N.D.                              | Northern District  |
| neubearb./ neu<br>bearb.          | neubearbeitet/neu bearbeitet   |
| Nev.                              | Nevada   |

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| n. F.                              | neue Fassung   |
| NJW                                | Neue Juristische Wochenschrift   |
| NJW-RR                             | NJW-Rechtsprechungs-Report   |
| N.J.Super.                         | New Jersey Superior Court; New Jersey Superior Court Report  |
| Nr.                                | Nummer(n)  |
| N. Y.                              | New York   |
| N. Y.2d                            | New York Reports (Second Series)   |
| o.                                 | oben   |
| Okla.                              | Oklahoma   |
| Ok. Civ. App.                      | Oklahoma Court of Appeals  |
| OLG                                | Oberlandesgericht  |
| Or.                                | Oregon   |
| P.2d.                              | Pacific Reporter Second Series   |
| Pa.                                | Pennsylvania   |
| QB                                 | Queen's Bench Division   |
| RabelsZ                            | Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht,<br>begründet von Ernst Rabel |
| RSMo                               | Missouri Revised Statutes  |
| RIW/AWD                            | Recht der Internationalen Wirtschaft/ Außenwirtschaftsdienst des<br>Betriebs-Beraters              |
| Rn.                                | Randnummer(n)  |
| Rom I-VO                           | Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht       |
| Rspr.                              | Rechtsprechung   |
| RFCP                               | Rules of Federal Civil Procedure   |
| Rz.                                | Randziffer   |
| s.                                 | siehe  |
| S.                                 | Seite  |
| s. a.                              | siehe auch   |
| S.Ct.                              | Supreme Court Reporter   |
| S. D.                              | Southern District; South Dakota  |
| SE.2d                              | South Eastern Reporter, Second Series  |
| So.2d                              | Southern Reporter, Second Series   |
| s. o.                              | siehe oben   |
| s. u.                              | siehe unten  |
| S.W.2d                             | South West Reporter Second Series  |
| Slg.                               | Sammlung   |
| st. Rspr.                          | ständige Rechtsprechung  |
| Tex.                               | Texas  |
| Tex. App.                          | Court of Appeals Texas   |
| Texas Int. L. J.                   | Texas International Law Journal  |
| u.                                 | unten  |
| u. a.                              | unter anderem; und andere  |
| UCLA J. Int'l L.<br>& Foreign Aff. | University of California, Los Angeles, International Law and Foreign<br>Affairs                    |
| Univ.                              | University   |
| Univ. Ill. L. Rev.                 | University of Illinois Law Review  |

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Univ. Pen. J. of<br>Int. L. | University of Pennsylvania Journal of International Law              |
| U. S.                       | United States  |
| US                          | U. S. Supreme Court Reports  |
| USC                         | United States Code   |
| Übk.                        | Übereinkommen  |
| Urt.                        | Urteil   |
| usw.                        | und so weiter  |
| v.                          | vom; von   |
| Va.                         | Virginia   |
| vgl.                        | vergleiche   |
| VO                          | Verordnung   |
| Vorbem.                     | Vorbemerkung   |
| Wall.                       | Wallace's Reports  |
| Washington L. Rev.          | Washington Law Review  |
| W.D.                        | Western District   |
| W.D.N.C.                    | District Court for the Western District of North Carolina            |
| WL                          | Westlaw  |
| WM                          | Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht |
| W. Va.                      | West Virginia; West Virginia Reports                                 |
| Wyoming L. Rev.             | Wyoming Law Review   |
| YPIL                        | Yearbook of Private International Law                                |
| z. B.                       | zum Beispiel   |
| ZEuP                        | Zeitschrift für Europäisches Privatrecht                             |
| ZHR                         | Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und<br>Wirtschaftsrecht     |
| ZIP                         | Zeitschrift für Wirtschaftsrecht                                     |
| ZPO                         | Zivilprozessordnung  |
| ZVglRWiss                   | Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft                     |
| ZZP                         | Zeitschrift für Zivilprozess   |
| ZZPInt                      | Zeitschrift für Zivilprozess International                           |



## Einführung

Die vorliegende Arbeit steht deutlich unter dem Eindruck des britischen Referendums vom 23. Juni 2016 über den sogenannten Brexit.<sup>1</sup> Europa befindet sich an einem Scheideweg. Befürworter einer engeren Integration der Mitgliedstaaten sehen sich einer weit verbreiteten Integrationskepsis gegenüber. Schenkt man den Analysen zum Brexit Glauben, war es insbesondere die Ablehnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union,<sup>2</sup> die die Briten mehrheitlich für einen Austritt hat stimmen lassen.<sup>3</sup> In geradezu lupenreiner historischer Dialektik hat sich eines der zentralen Instrumente der europäischen Integration in einen Grund für Desintegration und Entfremdung verwandelt.

Diese Dialektik gibt auch aus zivilprozessualer Sicht Anlass zu Sorge und Reflexion. Im Europäischen Zivilprozessrecht (EuZPR) stößt die nahezu uneingeschränkte Urteilsfreizügigkeit, also die Anerkennung und Vollstreckung mitgliedstaatlicher Urteile in anderen Mitgliedstaaten,<sup>4</sup> die teilweise auch als fünfte Grundfreiheit bezeichnet wird,<sup>5</sup> ebenfalls besonders in Großbritannien, aber auch andernorts in Europa, auf Widerspruch.<sup>6</sup> Denn nach der gegenwärtigen Konzeption der Urteilsfreizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten geht damit die Freizügigkeit von Urteilen unzuständiger Gerichte einher. Warum, so lässt sich fragen, gibt es kein anerkennungsrechtliches Korrektiv gegen die Urteile international unzuständiger Gerichte?

Die Antwort liegt in dem Postulat gegenseitigen Vertrauens in die Gleichwertigkeit der Justizsysteme innerhalb der EU.<sup>7</sup> Mit diesem werden die zivilprozessrechtliche Integration der Mitgliedstaaten der EU und der damit einhergehende Abbau von Kontrollmöglichkeiten durch die Mitgliedstaaten, etwa in Form von

---

<sup>1</sup> Zum möglichen Einfluss des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs auf das britische IPR und IZVR vgl. *Dickinson*, JPIL 2016, S. 195–210.

<sup>2</sup> Art. 45 AEUV.

<sup>3</sup> So etwa *Gutschker*, faz.net vom 27.12.2018, abrufbar unter <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit/brexit-london-verabschiedet-sich-vom-binnenmarkt-14718921.html>> (zuletzt abgerufen am 27.12.2018).

<sup>4</sup> Vgl. dazu Teil I § 5 III 3 a.

<sup>5</sup> *Hess*, IPRax 2001, S. 301, 302 f.

<sup>6</sup> Vgl. Teil I § 5 III 3 b cc.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Teil I § 5 III 3 b.

Anerkennungsversagungsgründen, begründet. Dies soll der Integration des Binnenmarkts dienen.<sup>8</sup> Genau hier besteht aber die Gefahr. Denn das Vertrauensprinzip erscheint allzu vielen Kommentatoren und Marktteilnehmern als bloß theoretisches Konstrukt, eben als Postulat, das einer empirisch-praktischen Grundlage entbehre.<sup>9</sup> Es entsteht so die Gefahr, dass das Vertrauensprinzip, auf dem die (nahezu) uneingeschränkte Urteilsanerkennung zwischen den Mitgliedstaaten gründet, zu Rechtsunsicherheit und damit zu weniger Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten führt. Rechtsunsicherheit und die damit einhergehende Frustration insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen wirken sich wiederum nachteilig auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten und damit negativ auf den Binnenmarkt aus.

Die vorliegende Arbeit greift aus dem weiten Themengebiet des Europäischen Zivilprozessrechts den Teilbereich der internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen heraus und analysiert deren Stellung im Recht der internationalen Anerkennung und Vollstreckung nach der Brüssel Ia-VO.<sup>10</sup> Konkret möchte diese Arbeit die Frage beantworten, ob einem Urteil, das mit Art. 25 Brüssel Ia-VO unvereinbar ist, die internationale Anerkennung und Vollstreckung *de lege ferenda* zu versagen ist.

Aufgrund ihrer praktischen wirtschaftlichen Bedeutung nehmen internationale Gerichtsstandsvereinbarungen eine herausgehobene Stellung im Europäischen Zivilprozessrecht ein. Ihre Effektivität und ihr Schutz werden daher zu Recht als überragend wichtig qualifiziert.<sup>11</sup> Wie zu zeigen ist, steht dies in einem Spannungsverhältnis zu der seit dem Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ) von 1968 etablierten grundsätzlichen Urteilsfreizügigkeit und des darin enthaltenen Grundsatzes gegenseitigen Vertrauens zwischen den Konventions- bzw. seit der Brüssel I-VO<sup>12</sup> zwischen den Mitgliedstaaten. Denn prorogationswidrigen Urteilen kann *de lege lata* die Anerkennung und Vollstreckung nicht versagt werden. Gerichtsstandsvereinbarungen werden daher über das Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht nicht geschützt. Urteilsfreizügigkeit und Vertrauensprinzip werden bislang für ge-

---

<sup>8</sup> Vgl. unten Teil I § 5 III 3 b aa.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Teil I § 7.

<sup>10</sup> Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung). In der Literatur wird die VO üblicherweise als Brüssel Ia-VO oder EuGVVO bezeichnet. Im Folgenden wird die Bezeichnung Brüssel Ia-VO verwendet.

<sup>11</sup> Vgl. schon *Jenard-Bericht*, 1968, S. 37.

<sup>12</sup> Verordnung (EG) Nr. 44/2001 Des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

wichtiger als der anerkennungsrechtliche Schutz internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen erachtet.

Ziel dieser Arbeit ist nicht die grundsätzliche Kritik des Vertrauensprinzips<sup>13</sup> oder der Urteilsfreizügigkeit. Vielmehr soll dogmatisch, systematisch, rechtsvergleichend und rechtspolitisch untersucht werden, ob und inwiefern eine Einschränkung der Urteilsfreizügigkeit und des darin implizierten Vertrauensprinzips zur Stärkung und zum Schutz internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen angezeigt ist. Die Arbeit kommt hier zu einem eindeutigen Ergebnis: die Derogationswirkung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen ist durch einen Anerkennungsversagungsgrund zu schützen.<sup>14</sup> Einem Urteil, das gegen eine internationale Gerichtsstandsvereinbarung im Sinne von Art. 25 Brüssel Ia-VO verstößt, sollte die internationale Anerkennung und Vollstreckung im Anerkennungsstaat versagt werden können.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil befasst sich mit der Anerkennung prorogationswidriger Urteile nach der Brüssel Ia-VO. Zunächst sollen internationale Gerichtsstandsvereinbarungen im System der Brüssel Ia-VO systematisch eingeordnet (§ 1) und die Voraussetzungen ihrer Zulässigkeit und Wirksamkeit (§ 2) herausgearbeitet werden. Ferner sollen die Wirkungen internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im Zuständigkeitsrecht (§ 3) und im Litispendenzrecht (§ 4) der Brüssel Ia-VO analysiert werden. Diese systematische Einordnung und dogmatische Analyse internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im Gesamtgefüge der Brüssel Ia-VO ist erforderlich, um Rechtsschutzlücken in Bezug auf Gerichtsstandsvereinbarungen herauszuarbeiten und die Notwendigkeit eines Anerkennungsversagungsgrundes aufzuzeigen.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse soll sodann das Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht der Brüssel Ia-VO dargestellt, und die daran bestehenden gesamteuropäischen, mitgliedstaatlichen und Parteiinteressen untersucht werden (§ 5). Dies dient dazu, die Anerkennung prorogationswidriger Urteile *de lege lata* zu analysieren (§ 6) und die Rezeption dieser geltenden Rechtslage durch die Literatur und die Marktakteure herauszuarbeiten (§ 7). Dem schließt sich ein Rechtsvergleich mit dem Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005 (HGÜ)<sup>15</sup> an (§ 8).

Der zweite Teil der Arbeit hat die rechtsvergleichende Darstellung der Anerkennung von Urteilen im US-amerikanischen Zivilprozessrecht zum Gegenstand, die gegen eine interstaatliche, also gegen eine zwei oder mehr Einzelstaa-

---

<sup>13</sup> Zum Vertrauensprinzip als „heiliger Kuh“ des EuZPR vgl. *Kindler*; in: FS Coester-Waltjen, 2015, S. 485, 489.

<sup>14</sup> Vgl. Teil III § 4.

<sup>15</sup> Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005, ABl. EU 2009 Nr. L 133, S. 3.

ten der USA betreffende Gerichtsstandsvereinbarung verstoßen. Ein Rechtsvergleich lohnt hier, weil mit der zwischeneinzelstaatlichen Urteilsanerkennung in den USA seit langem eine ähnliche Konstellation wie in der EU vorliegt.<sup>16</sup> Dazu soll in einem ersten Schritt das Recht interstaatlicher Gerichtsstandsvereinbarungen in den USA umfassend dargestellt werden (§ 1). In einem zweiten Schritt soll sodann vor dem Hintergrund der zur Brüssel Ia-VO gewonnenen Erkenntnisse die interstaatliche Anerkennung und Vollstreckung im US-amerikanischen Zivilprozessrecht konkret mit Blick auf prorogationswidrige Urteile dargestellt und rechtsvergleichend analysiert werden (§ 2).

Auf der Grundlage des ersten und zweiten Teils werden in Teil III die wesentlichen Argumente für und gegen einen Anerkennungsversagungsgrund zum Schutze internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen zusammengefasst (§ 1) sowie dessen mögliche Ausgestaltung hinsichtlich Gegenstand (§ 2) und Umfang (§ 3) der zweitgerichtlichen Nachprüfung untersucht. Als Ergebnis wird schließlich in § 4 ein zu normierender Anerkennungsversagungsgrund Art. 45 Abs. 1 lit. e (iii) Brüssel Ia-VO vorgeschlagen. Nach diesem kann Urteilen derogierter Gerichte die internationale Anerkennung und Vollstreckung vom Zweitgericht versagt werden.

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu ausführlich unten Teil II.

## Teil I

# Die Anerkennung prorogationswidriger Urteile unter der Brüssel Ia-VO

## § 1 Gerichtsstandsvereinbarungen in der Brüssel Ia-VO

Viele Rechtsordnungen und internationale Abkommen ermöglichen es den Parteien, durch eine Gerichtsstandsvereinbarung ein Gericht oder die Gerichte eines Staats als zuständig zu vereinbaren.<sup>1</sup> Eine solche Gerichtsstandsvereinbarung ist ein Vertrag, in dem die Parteien ein bestimmtes Gericht oder bestimmte Gerichte für einen bestimmten zukünftigen oder einen bereits entstandenen Rechtsstreit als zuständig festlegen.<sup>2</sup> International ist eine Gerichtsstandsvereinbarung dann, wenn der Sachverhalt Berührungspunkte zu verschiedenen Staaten aufweist, und daher die Zuständigkeit der Gerichte verschiedener Staaten in Betracht kommt.<sup>3</sup> Im Unionsrecht wird die internationale Gerichtsstandsvereinbarung in Zivil- und Handelssachen von Art. 25 Brüssel Ia-VO geregelt.<sup>4</sup> Art. 25 Brüssel Ia-VO lautet:

- „(1) Haben die Parteien unabhängig von ihrem Wohnsitz vereinbart, dass ein Gericht oder die Gerichte eines Mitgliedstaats über eine bereits entstandene Rechtsstreitigkeit oder über eine künftige aus einem bestimmten Rechtsverhältnis entspringende Rechtsstreitigkeit entscheiden sollen, so sind dieses Gericht oder die Gerichte dieses Mitgliedstaats zuständig, es sei denn, die Vereinbarung ist nach dem Recht dieses Mitgliedstaats materiell nichtig. Dieses Gericht oder die Gerichte dieses Mitgliedstaats sind ausschließlich zuständig, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben. Die Gerichtsstandsvereinbarung muss geschlossen werden:
- a) schriftlich oder mündlich mit schriftlicher Bestätigung,
  - b) in einer Form, welche den Gepflogenheiten entspricht, die zwischen den Parteien entstanden sind, oder
  - c) im internationalen Handel in einer Form, die einem Handelsbrauch entspricht, den die Parteien kannten oder kennen mussten und den Parteien von Verträgen dieser Art in dem betreffenden Geschäftszweig allgemein kennen und regelmäßig beachten.
- (2) Elektronische Übermittlungen, die eine dauerhafte Aufzeichnung der Vereinbarung ermöglichen, sind der Schriftform gleichgestellt.
- (3) Ist in schriftlich niedergelegten Trust-Bedingungen bestimmt, dass über Klagen gegen einen Begründer, Trustee oder Begünstigten eines Trust ein Gericht oder die Gerichte ei-

---

<sup>1</sup> S. dazu bereits *Neuhaus*, *RabelsZ* 20 (1955), S. 201, 215.

<sup>2</sup> *Magnus/Mankowski/Magnus*, *Brussels Ibis Regulation*, 2016, Art. 25 Rn. 2. Im Folgenden beziehen sich Fundstellen in Kommentaren auf die Brüssel Ia-VO, es sei denn, es wird ausdrücklich etwas anderes angegeben.

<sup>3</sup> *Neuhaus*, *RabelsZ* 20 (1955), S. 201, 214 f.

<sup>4</sup> Ergänzende Bestimmungen finden sich in Art. 15, 19 und 23 Brüssel Ia-VO, vgl. dazu unten Teil I § 2 II 3 d.

nes Mitgliedstaats entscheiden sollen, so ist dieses Gericht oder sind diese Gerichte ausschließlich zuständig, wenn es sich um Beziehungen zwischen diesen Personen oder ihre Rechte oder Pflichten im Rahmen des Trust handelt.

- (4) Gerichtsstandsvereinbarungen und entsprechende Bestimmungen in Trust-Bedingungen haben keine rechtliche Wirkung, wenn sie den Vorschriften der Artikel 15, 19 oder 23 zuwiderlaufen oder wenn die Gerichte, deren Zuständigkeit abbedungen wird, aufgrund des Artikels 24 ausschließlich zuständig sind.
- (5) Eine Gerichtsstandsvereinbarung, die Teil eines Vertrags ist, ist als eine von den übrigen Vertragsbestimmungen unabhängige Vereinbarung zu behandeln.

Die Gültigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung kann nicht allein mit der Begründung in Frage gestellt werden, dass der Vertrag nicht gültig ist.“

Im Folgenden sollen internationale Gerichtsstandsvereinbarungen in das System der Brüssel Ia-VO eingeordnet werden. Dazu soll die rechtliche Natur internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen herausgearbeitet (I.) und in einem zweiten Schritt die praktische Relevanz internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen einschließlich bestehender Probleme aufgezeigt werden (II.). Drittens sollen die in Bezug auf Gerichtsstandsvereinbarungen bestehenden Interessen der verschiedenen Akteure des Europäischen Zivilprozessrechts analysiert werden (III.).

## I. Die rechtliche Natur internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen

Rechtshistorisch ist die Gerichtsstandsvereinbarung „ein Kind der klassischen Vertragsfreiheit“.<sup>5</sup> Hinter dem Rechtsinstitut der Gerichtsstandsvereinbarung steht der Gedanke, dass die Parteien selbst wissen, was für sie vernünftig ist.<sup>6</sup> Das staatliche Ordnungsinteresse an der Einhaltung der Zuständigkeitsordnung tritt hinter die Parteiinteressen *in casu* zurück und erkennt diese grundsätzlich an.<sup>7</sup> Voraussetzung wie Grenze der Berücksichtigung einer Gerichtsstandsvereinbarung ist freilich deren Wirksamkeit.<sup>8</sup> Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen bieten den Parteien somit parallel zur materiell-rechtlichen Vertragsfreiheit und zur kollisionsrechtlichen Rechtswahlfreiheit die Möglichkeit der

<sup>5</sup> So Schröder, Internationale Zuständigkeit, 1988, S. 476; Illmer, in: Basedow/Hopt/Zimmermann (Hg.), Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, 2009, S. 688.

<sup>6</sup> Vgl. ausführlich Schröder, Internationale Zuständigkeit, 1988, S. 476; zur rechtssoziologischen Universalität der Vertragsfreiheit in Bezug auf Streitbeilegungsklauseln vgl. Brödermann, in: FS Martiny, 2014, S. 1045, 1046 f.

<sup>7</sup> Illmer, in: Basedow/Hopt/Zimmermann (Hg.), Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, 2009, S. 688; Kirchner, in: Basedow/Kono (Hg.), An Economic Analysis of Private International Law, 2006, S. 33, 47.

<sup>8</sup> Von Mehren, Adjudicatory Authority, 2007, S. 207.

Ausübung von Parteiautonomie im Internationalen Zivilprozessrecht.<sup>9</sup> Erwgr. Nr. 19 Brüssel Ia-VO hebt dies deutlich hervor:

„Vorbehaltlich der in dieser Verordnung festgelegten ausschließlichen Zuständigkeiten sollte die Vertragsfreiheit der Parteien hinsichtlich der Wahl des Gerichtsstands, außer bei Versicherungs-, Verbraucher- und Arbeitsverträgen, wo nur eine begrenztere Vertragsfreiheit zulässig ist, gewahrt werden.“

Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen besitzen grundsätzlich eine Doppelnatur zwischen materiellem Recht und Prozessrecht.<sup>10</sup> Zwar stellen sie aufgrund ihrer Derogations- und Prorogationswirkung Prozessverträge mit folglich prozessualen Wirkungen dar.<sup>11</sup> Jedoch greifen diese Wirkungen erst im Moment der Klageerhebung ein und wirken damit bis zur Anhängigkeit des Rechtsstreites nur „prophylaktisch“. <sup>12</sup> Gerichtsstandsvereinbarungen können also unabhängig von einem Prozess geschlossen werden und ähneln darin eher materiell-rechtlichen Verträgen.

Aus diesem Grund ist die rechtliche Einordnung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen teilweise umstritten gewesen.<sup>13</sup> Dies zeigt sich an der in den verschiedenen Rechtsordnungen unterschiedlich beantworteten Frage, ob sich Zulässigkeit und Wirksamkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung nach der *lex fori* oder der *lex causae* des Hauptvertrags bestimmen.<sup>14</sup> Qualifiziert man Gerichtsstandsvereinbarungen materiell-rechtlich, liegt die Anwendung eines eigenen Gerichtsstandsvereinbarungsstatuts, der *lex causae*, nahe. Bei prozessrechtlicher Qualifikation ist hingegen die Anwendung der *lex fori* plausibel. Insbesondere in Staaten des *common law* wird aus Gerichtsstandsvereinbarungen traditionell eine materiell-rechtliche Verpflichtung der Parteien abgeleitet, deren Missachtung etwa zur Schadensersatzpflicht der die Gerichtsstandsvereinbarung missachtenden Partei führen kann.<sup>15</sup>

Zwischen einer rein materiell-rechtlichen und einer rein prozessrechtlichen Qualifikation setzte sich insbesondere in Deutschland die Auffassung durch, dass

---

<sup>9</sup> Linke/Hau, Internationales Zivilverfahrensrecht, 2018, § 12 Rn. 6.1; vgl. zur Herleitung des Prinzips der zuständigkeitsrechtlichen Parteiautonomie M. Weller, Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht, 2005, S. 25–33; zur Parteiautonomie im IZVR vgl. Coester-Waltjen, in: FS Heldrich, 2005, S. 549, 554; Dickinson/Lein/Garcimartin, The Brussels I Regulation Recast, 2015, Rn. 9.05.

<sup>10</sup> Gottwald, in: FS Henckel, 1995, S. 295; vgl. auch G. Roth, ZZP 93 (1980), S. 156, der von einer „Zwitterstellung“ spricht.

<sup>11</sup> Gottwald, in: FS Henckel, 1995, S. 295, 296; Czernich/Kodek/Mayr/Kodek, Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht, 2015, Art. 25 Rn. 16.

<sup>12</sup> Gottwald, in: FS Henckel, 1995, S. 295, 296.

<sup>13</sup> Für einen rechtshistorischen Überblick vgl. Gebauer, in: FS Kaissis, 2012, S. 267, 272.

<sup>14</sup> Vgl. Domej, RabelsZ 78 (2014), S. 508, 526.

<sup>15</sup> Gebauer, in: FS Kaissis, 2012, S. 267, 268.

internationale Gerichtsstandsvereinbarungen zwar grundsätzlich Prozesshandlungen darstellen, die im Prozessrecht nicht vorgesehenen Regelungen zu Vertragsschluss und Wirksamkeit der Gerichtsstandsvereinbarung jedoch dem Statut der Gerichtsstandsvereinbarung zu entnehmen sind.<sup>16</sup> Somit stellt die Gerichtsstandsvereinbarung einen besonderen Vertragstypus dar, der grundsätzlich prozessrechtliche Qualität besitzt, jedoch teilweise unter Rückgriff auf das allgemeine Vertragsrecht behandelt werden kann und muss.<sup>17</sup>

Diese vermittelnde Ansicht liegt auch Art. 25 Brüssel Ia-VO zugrunde, der Einigung, Formwirksamkeit und insbesondere die prozessrechtlichen Wirkungen einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung unmittelbar selbst und damit im autonomen Prozessrecht regelt, für die materielle Wirksamkeit aber auf das Recht des gewählten Staates, die *lex fori prorogati*, einschließlich dessen IPR verweist.<sup>18</sup> Damit unterscheidet Art. 25 Brüssel Ia-VO zwischen den prozessrechtlichen Elementen wie Vorliegen, Zulässigkeit und Zustandekommen einer Gerichtsstandsvereinbarung auf der einen Seite und der materiellen Wirksamkeit und damit den vertragsrechtlichen Unwirksamkeitsgründen auf der anderen. Die materielle Wirksamkeit regelt die Brüssel Ia-VO gerade nicht und unterstreicht damit, dass es sich hier um eine vertragsrechtliche und nicht um eine prozessrechtliche Frage handelt.<sup>19</sup> Durch die Normierung einer Gesamtverweisung in Art. 25 Brüssel Ia-VO wird die rechtspolitisch höchst schwierige Entscheidung zwischen *lex fori*, *lex causae* und *lex fori prorogati* vermieden und den Parteien in Verbindung mit dem IPR des gewählten Mitgliedstaats überlassen.<sup>20</sup>

Die Differenzierung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen in einen materiellrechtlichen und einen prozessrechtlichen Bestandteil wird durch die Ausnahme internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen vom Anwendungsbeereich der der Rom I-VO und dem ihres Vorgängerinstrument, des Europäischen Vertragsrechtsübereinkommens von 1980,<sup>21</sup> gestützt.<sup>22</sup> Diese Ausnahme begründete der europäische Gesetzgeber ausdrücklich mit der grundsätzlich prozess-

---

<sup>16</sup> BGH, Urt. v. 29.02.1968 – VII ZR 102/65, NJW 1968, S. 1233; vgl. auch *Gottwald*, in: FS Henckel, 1995, S. 295, 298 f.; *Hausmann*, in: Reithmann/Martiny (Hg.), Internationales Vertragsrecht, 2015, Rn. 8.8.

<sup>17</sup> *Briggs*, Civil Jurisdiction and Judgments, 2015, Rn. 2.128.

<sup>18</sup> So *Queirolo*, YPIL 15 (2013/2014), S. 113, 124; vgl. ausführlich zu Art. 25 Brüssel Ia-VO unten Teil I § 2 II 3 c bb.

<sup>19</sup> Vgl. unten Teil I § 2 II 3 c.

<sup>20</sup> In Bezug auf das HGÜ verweist auf diesen Umstand *M. Weller*, in: FS Schütze, 2014, S. 705, 708 f.

<sup>21</sup> Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980.

<sup>22</sup> Art. 1 Abs. 2 lit. e Rom I-VO.

rechtlichen Natur internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen.<sup>23</sup> Bezeichnen- derweise fordert aber eine überwiegende Auffassung in der Literatur, die Rom I- VO dennoch auf die materielle Wirksamkeit internationaler Gerichtsstandsver- einbarungen anzuwenden, da diese gerade nicht von der Brüssel Ia-VO einheit- lich geregelt wird.<sup>24</sup> Die Diskussion verdeutlicht die mit der Doppelnatur inter- nationaler Gerichtsstandsvereinbarungen unter der Brüssel Ia-VO einhergehen- den dogmatischen und rechtspolitischen Spannungen.

Rechtshistorisch geht Art. 17 EuGVÜ, die Vorgängernorm der Art. 23 Brüs- sel I-VO und Art. 25 Brüssel Ia-VO, auf die entsprechende Regelung des vom kontinentalen Rechtskreis geprägten deutsch-belgischen Vollstreckungsabkom- mens von 1959 zurück.<sup>25</sup> Art. 17 Abs. 1 EuGVÜ lautete:

„Haben die Parteien, von denen mindestens eine ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, vereinbart, daß ein Gericht oder die Gerichte eines Vertragsstaats über eine bereits entstandene Rechtsstreitigkeit oder über eine künftige aus einem bestimmten Rechts- verhältnis entspringende Rechtsstreitigkeit entscheiden sollen, so sind dieses Gericht oder die Gerichte dieses Staats ausschließlich zuständig.“

Damit liegt auch bei historischer Betrachtung den Regelungen in EuGVÜ, Brüs- sel I- und Brüssel Ia-VO die Konzeption eines materiell-rechtlichen Vertrags mit prozessualen Wirkungen zugrunde. Folgerichtig hat sich der EuGH in *Benincasa* dem ausdrücklich angeschlossen.<sup>26</sup>

## II. Die praktische Bedeutung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen

In Literatur und Rechtsprechung herrscht Einigkeit darüber, dass internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen wirtschaftlich und prozessrechtlich eine hohe praktische Bedeutung zukommt.<sup>27</sup> Die deutsche Bundesregierung führte etwa aus: „Gerichtsstandsvereinbarungen sind, so lautet auch das Ergebnis des vom

<sup>23</sup> *Merrett*, ICLQ 58 (2009), S. 545, 555; Giuliano/Lagarde-Bericht, 1980, Rn. 5.

<sup>24</sup> Vgl. ausführlich unten Teil I § 2 II 3 c bb.

<sup>25</sup> Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 30. Juni 1958 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen, BGBl. 1959 II S. 766; vgl. zum Verhältnis von EuGVÜ und dem deutsch-belgischen Vollstreckungsabkommen *Jenard*-Bericht, 1971, S. 36 f. und *Samtleben*, NJW 1974, S. 1590, 1592. Zu den unterschiedlichen Rechtskreisen vgl. grundlegend *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 1996, S. 62–73.

<sup>26</sup> EuGH v. 2.7.1997 – Rs. C-269/95, *Benincasa*, Slg. 1997, I-3788, Rz. 25; vgl. auch *Merrett*, ICLQ 58 (2009), S. 545, 555, Fn. 34; *Gottwald*, in: FS Henckel, 1995, S. 295, 299.

<sup>27</sup> *Mankowski*, IPRax 2009, S. 23; *Wais*, GPR 2015, S. 142; *Briza*, JPIL 2009, S. 537.

## Sachregister

- action upon a judgment* 262 f.  
*admiralty* 233 f.  
Amendement 219–221
- Anerkennung 1–4, 10, 24, 30, 42, 47, 56, 63, 64, 68, 69, 105, 109, 113–125, 129–140, 142–145, 147, 151, 153, 162, 164, 167 f., 171–176, 181, 188 f., 193, 195, 197–217, 252–259, 262–266, 268, 270, 271 f., 278 f., 283, 286–288, 293, 299, 301, 308
- anererkennungsfähig 64, 80, 100, 105, 108, 109, 110, 118–121, 124, 156, 167 f., 180 f., 196, 199–201, 211, 224, 279 f., 285, 288, 290, 303
- Anerkennungsprinzip 137 f., 142
- Anerkennungsstaat 3, 119, 130, 131, 258, 263, 266 f., 271, 278, 289
- Anerkennungsversagung 63, 113, 114, 119, 122, 124, 127, 129, 130, 132 f., 136, 146, 147, 153, 162 f., 165 f., 173, 176, 177, 180 f., 182–185, 188, 198–204, 207, 209, 214, 264, 265 f., 268, 270–272, 274, 277, 279, 280, 288, 293
- Anerkennungsversagungsgrund 2–4, 56, 64, 69, 98, 105, 110, 114 f., 117, 119 f., 122 f., 126, 128–133, 137, 141, 144–147, 152, 154, 162, 166, 172, 176–185, 197–201, 207, 209, 211, 215, 264, 266, 268, 273 f., 277, 283–285, 287 f., 290–301, 303, 305 f., 308
- Anerkennungszuständigkeit 123 f., 128, 146, 178, 209, 211, 286
- anwendbares Recht 21, 23, 34 f., 36 f., 38 f., 48, 158, 235, 251, 261
- appeal* 223, 227, 231 f., 265, 273, 276
- Aussetzung 75 f., 81, 100–102, 106 f., 110, 180, 195
- bar* 259
- basis* 178, 220, 280
- Binnenmarkt 1 f., 13, 22 f., 114, 133 f., 138–142, 150–152, 175, 183, 185, 284, 294–296, 304
- Bootstrapping* 270
- cause of action* 81, 262
- choice of forum agreement* 218
- choice of forum clause* 218, 251
- claim preclusion* 259 f., 272
- collateral attack* 224, 265 f., 268–270, 277, 280
- collateral estoppel* 259, 274
- Commerce Clause* 256
- common law* 8, 178, 182, 221, 222, 229, 240, 243, 246, 268
- consent* 178, 219, 221, 224–226, 232, 240, 252
- default judgment* 270
- Derogation 2597, 27 f., 42–46, 51, 53, 57, 59, 61–63, 65–69, 72, 84, 89, 92, 94–99, 102, 111–113, 130, 153, 155, 156–158, 162, 167, 170, 174, 193, 210, 212 f., 218 f., 228, 230–233, 236 f., 241 f., 249, 252 f., 273–276, 279 f., 284 f., 287–291, 297, 298, 301–307
- Derogationswirkung 98, 111, 167, 169 f., 174 f., 193, 194, 209, 211–214, 228, 230 f., 234 f., 238, 242 f., 249, 273–276, 290, 297–299, 303, 305 f., 308
- direct attack* 223 f., 265 f., 277
- diversity jurisdiction* 233, 235, 261, 276
- domicile* 221, 225
- Doppelnatur 8, 10, 36 f., 59 f. 69, 85, 235
- due process* 239, 252, 260, 264, 266–268, 274, 278

- due process clause* 215, 219, 220–223, 225 f., 239, 264, 267 f., 274, 278, 290
- effect* 74, 132, 149, 231, 253, 254, 258, 264, 266 f., 269 f., 272, 278
- Effizienz 12, 20, 24, 72, 78, 131, 141, 143, 148 f., 160, 163, 180, 295 f., 302, 306
- Erstgericht 66, 68, 104, 119, 121, 123 f., 125, 127 f., 130, 136, 140 f., 144, 147, 153–158, 162, 167–174, 176 f., 179, 181–184, 195, 197–206, 209–213, 263, 265–274, 276, 278 f., 280 f., 284–287, 289–291, 298–301, 303–307
- exclusive* 49–51, 55, 74, 87, 95, 191, 197, 199, 212, 240, 245, 309, 311, 314
- fairness* 222, 237, 249, 260
- federal jurisdiction* 233, 238
- federal transfer* 235, 237, 241 f.
- foreign judgments* 202, 205, 208, 253, 263
- forum derogatum* 17, 20, 62 f., 66, 68 f., 77, 80–82, 85 f., 94, 99, 101, 104 f., 111 f., 124, 131, 161, 163, 178, 179, 199, 203, 206, 214, 284 f., 288 f., 299 f., 305, 308
- forum non conveniens* 227, 229, 275
- forum prorogatum* 17, 72, 80, 82 f., 85, 103 f., 110, 133, 196, 203, 206, 285, 298, 304 f., 308
- forum selection agreement* 218
- forum selection clause* 218, 237, 274
- fraud* 238, 247 f., 266, 269
- full faith and credit clause* 215 f., 221, 224, 253–259, 261–272, 277 f., 280
- general jurisdiction* 220, 224
- Gerichtspflichtigkeit 206, 288 f. 42, 62 f., 66, 112, 130
- Gerichtsstand
- *siehe* Zuständigkeit
- Gerichtsstandsvereinbarung
- asymmetrische 32, 48, 58 f., 69, 84, 90–92, 95, 99, 112, 191 f., 245, 284 f.
  - ausschließliche 12, 32, 45–48, 50–61, 70–80, 83–86, 89, 91 f., 95–99, 102 f., 108, 111–113, 133, 147, 151, 156 f., 162, 170, 177, 181 f., 184, 188–192, 194, 198–204, 206, 208–213, 227, 231, 245, 249, 274–276, 286, 287, 289, 291 f., 293–295, 297–299, 305
  - nicht-ausschließliche 32, 42, 45, 46, 50, 51 f., 54–56, 58–61, 90–92, 97, 99, 190–192, 210 f., 213, 244 f., 287, 291, 297, 299, 305
  - reziproke 48, 60 f., 93, 94, 112, 245, 284
- gesamteuropäisches Interesse 3, 22, 24, 76, 78, 129, 134, 151, 297, 301
- Geschäftsfähigkeit 34, 157, 193, 196, 207, 285
- Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30.6.2005 3, 181, 185–211, 292, 298, 302, 304 f., 307
- improper venue* 237
- inconvenient* 20, 247, 249, 250
- Inhaltskontrolle 40
- Interesse
- *siehe* gesamteuropäisches Interesse
  - *siehe* mitgliedstaatliche Interessen
  - *siehe* Parteiinteresse
- issue preclusion* 259–261, 267, 269–271, 274–278
- judgments based on settlement agreements* 255
- judicial proceedings* 253–256
- jurisdiction* 45, 49–51, 55, 74, 87, 124, 178, 219–236, 238–242, 252, 261, 265–274, 276–280, 292
- Kollisionsrecht 34
- Kompetenz 79 f., 86, 101, 104–106, 137, 143, 156, 173 f., 195, 255, 288, 291
- Kosteneffizienz 16, 131
- lesser limitations on jurisdiction* 219, 227–230, 236, 238, 252, 273, 274, 279
- Litispendenzrecht 3, 70–73, 75–78, 80, 82, 83, 93, 94, 100, 108, 147 f., 151, 177, 229, 286 f., 305
- local judgments* 253
- long-arm statute* 221 f., 268
- mandatory* 245
- merger* 259

- minimum contacts* 223, 226  
 Missbrauchskontrolle 40 f.  
 mitgliedstaatliche Interessen 21, 76 f. 132,  
 151, 180  
*modifiable* 266
- Nachprüfung 123–127, 131, 136, 140–142,  
 146, 162 f., 165, 168, 172 f., 175–178,  
 199, 204–206, 210, 212, 268 f., 273, 277,  
 280, 286 f. 289 f., 298, 300, 302–306  
*nexus* 220  
*non-exclusive* 50, 212, 245  
*notice* 220, 267
- offensive issue preclusion* 260  
*ordre public* 278, 301  
*overweening bargaining power* 247, 248
- parallele Verfahren 78–80, 107, 190, 194,  
 286 f.  
 Parteiinteresse 3, 7, 13–15, 22 f. 76, 92, 95,  
 129–131, 196  
*permissive* 245  
*personal jurisdiction* 210–232, 236,  
 238–241, 252, 265–274, 277–279  
*physical presence* 221, 225  
*preclusion* 258–261, 267, 269–272,  
 274–278  
*preclusive effect* 258, 264, 266, 267, 269 f.,  
 272, 278  
*prima facie* 101, 102, 103, 104, 106, 107,  
 247  
 Prinzip gegenseitigen Vertrauens  
 – *siehe* Vertrauensprinzip  
 Prinzip gegenseitiger Anerkennung  
 – *siehe* Anerkennungsprinzip  
 Prioritätsprinzip 46, 52, 71, 72–76, 78, 80,  
 82, 90 f., 93 f., 100, 107, 147, 177, 192,  
 285–287  
*process* 219–226, 239, 252, 264, 266–268,  
 274, 278, 290  
 Prorogation 25, 34, 36 f., 40, 42–46, 59, 69,  
 156 f., 162, 170 f., 183, 193, 218 f., 224,  
 227 f., 240 f., 252, 268, 270, 272, 298,  
 299, 304–306  
 Prorogationswidrigkeit 2–4, 17–20, 24, 66,  
 77, 83, 94, 109, 111, 113, 129–132, 141,  
 151–159, 161–163, 166, 175, 176, 177,  
 180, 181–183, 185, 188, 199, 203, 215,  
 217, 252, 264, 280, 283–285, 287 f., 291,  
 294, 295, 296  
*public policy* 230, 247, 249, 251, 257, 269
- reasonableness* 222, 231, 232, 247  
 Rechtslosstellung 174, 290  
 Rechtshängigkeit 17, 46 f., 52, 56, 70–73,  
 75, 78, 80 f., 83, 88, 91–95, 98, 103, 111,  
 113, 115 f., 147, 181, 192, 194, 229,  
 286 f., 292, 297 f., 301  
 Rechtskraft 105, 110, 120–122, 156,  
 168–171, 173, 197, 258–261, 262,  
 265–271, 273–281, 290, 298  
 Rechtskrafterstreckung 258, 273, 277  
 Rechtssicherheit 15–21, 23 f., 70, 72–75,  
 77, 96, 114, 129–133, 140 f., 151 f., 159,  
 176, 180, 186 f., 198, 203, 206, 257, 284,  
 293–296, 301, 304, 308  
 Rechtsunsicherheit 2, 15, 18, 35–37, 41,  
 110, 129, 163, 285, 302  
*registration* 263  
*res judicata* 259  
*revision au fond* 123 f., 127, 169, 171, 172,  
 173, 178, 198, 273
- Schutzbedürftigkeit 163, 179  
 Schutz des Beklagten 16, 63 f., 210,  
 288–290  
 Schutzgerichtsstände 27 f., 40, 125, 127,  
 163, 165, 172, 174, 179, 293  
 Schutz internationaler Gerichtsstandsverein-  
 barungen 3, 52, 56, 69, 95, 112 f., 177,  
 179, 185, 284, 286, 295, 302  
*sheriff* 262  
*sister-state judgment* 253  
 Souveränität 122, 132, 146, 171, 180, 216,  
 230, 257, 291, 306  
*specific jurisdiction* 220, 224  
 Streitgegenstand 16, 53 f., 61, 76, 78 f., 81,  
 83–86, 89, 91–93, 120, 127, 206, 224, 240,  
 243, 247, 258–262, 273  
*subject-matter jurisdiction* 219 f.  
*Supreme Court* 221, 223, 225–228,  
 230–239, 242, 248–251, 253–258, 261,  
 264, 268–271, 277 f.

- Tatsachenbindung 123, 126, 131, 200–203, 206, 210, 306 f.
- Transaktionskosten 18–20, 23 f., 40 f., 67, 110–112, 131, 161, 206, 296
- unequal bargaining power* 248
- Urteilsanerkennung  
– siehe Anerkennung
- Urteilsfreizügigkeit
- Urteilsvollstreckung  
– siehe Vollstreckung
- venue* 219, 234, 237–242, 252, 277, 279, 313
- Versäumnisurteil 31, 64, 68 f., 113, 118, 130, 156, 162, 197, 201–203, 206, 210, 212, 213, 255, 260, 261, 266, 268, 270–273, 276–280, 288–290, 298, 307, 308
- Vertrauensprinzip 1, 2, 71, 73, 78, 122, 124, 134, 142–146–150, 169, 205, 216, 286, 294 f.
- Verweisung 9, 35, 37–39, 41, 116, 132, 157, 170 f., 182, 193, 203, 226, 235, 236 f., 238–241, 276 f., 306
- Wettlauf 90, 100, 107, 109, 110, 112, 184, 285, 305
- widersprechende Entscheidungen 108, 130 f., 155
- Wirkungserstreckung 120 f., 168, 261
- writ of execution* 262
- Zuständigkeit  
– ausschließliche 8, 26, 40, 45, 48, 51–55, 57, 61, 76, 79, 83–95, 100, 128, 133, 161, 176, 179 f., 184, 191, 245, 287, 291–293  
– nicht-ausschließliche 91, 191, 245  
– örtliche 25, 42, 62, 69, 86–90, 99, 219, 238 f., 241 f., 252, 277, 279
- zweitangerufenes Gericht 72, 75 f., 79, 81, 83, 85–87, 90–94, 100–107, 287, 305
- Zweitgericht 63, 98, 118 f., 120–128, 131 f., 137, 141, 144, 146, 154–158, 162 f., 165, 166, 168, 170–173, 176, 179, 181 f., 184, 195, 197–207, 209–214, 224, 262 f., 265, 267–274, 278–2801, 286, 287, 289, 290, 291, 295, 297–308